



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 17.07.2014, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Radroutenkonzept 2025  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 244/14

---

#### **Abweichende Beschlussempfehlung:**

##### **1. Grundsatzbeschluss Radroutenkonzept 2025**

Als Basis der zukünftigen infrastrukturellen Förderung des Radverkehrs wird das „Radroutenkonzept 2025“ der Planungsgruppe Kölz im Grundsatz für weitergehende Untersuchungen und Planungen mit dem Ziel beschlossen, Ressourcen vor allem auf die wesentlichen Routen und lange bestehenden Netzlücken zu konzentrieren. Bei der schrittweisen Umsetzung des Konzeptes bestimmen die Anforderungen des Schulradverkehrs die Priorität von Maßnahmen entscheidend mit.

##### **2. Planung und Abstimmung von zwei Teilrouten für eine Realisierung bis Ende 2015**

- a) Route Martin-Luther-Straße - Kurfürstenstraße - August-Bebel-Straße (Route 3A zwischen Schwieberdinger Straße und Frankfurter Straße)
- b) Route Marbacher Straße (Route 2 zwischen Neckarbrücke und Schloßstraße)

##### **3. Zusatz**

*In diesem Zusammenhang muss auch nach Lösungen für das Parken, den PKW- und LKW-Verkehr sowie das Be- und Entladen gesucht werden. Außerdem ist dem Engpass Schillerdurchlass besondere Beachtung zu schenken.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Die einzelnen Ziffern der Vorl.Nr. 244/14 und die Ergänzung der Ziffer 3 werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

BM **Iik** trägt allgemeine Ausführungen zur Arbeitsweise im Gremium vor und bietet den Mitgliedern Unterstützung und Beratung für ihre Arbeit an. Für eine verbesserte Sitzungsökonomie schlägt er Veränderungen hinsichtlich der Behandlung von Tagesordnungspunkten vor.

Als Ergebnis der nachfolgenden Diskussion wird aus der Mitte des Gremiums darum gebeten, vermeintlich einfache Themen, wie Vergaben oder Tagesordnungspunkte mit vielen Referenten, Stadtteilausschussmitgliedern oder Besuchern am Anfang der Tagesordnung zu positionieren. Diskussionsträchtige Themen könnten unter besserer Ausnutzung der Sitzungszeit im Anschluss daran behandelt werden. Diese Steuerungsmöglichkeit obliege dem Vorsitzenden allerdings bereits bei der Aufstellung der Tagesordnung und im Vorfeld der Sitzung.

Nach den Ausführungen von Herrn **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) wurde bereits der überwiegende Teil der kleineren Maßnahmen zur Verbesserung der Radinfrastruktur abgearbeitet, deren Umsetzung mit wenig Aufwand möglich war. Nun müssten neue Angebote geschaffen werden, die an große Maßnahmen geknüpft seien. In dem Ende letzten Jahres durch Prof. Kölz vorgestellten Radroutenkonzept seien bereits die Hauptrouten angesprochen worden, auf welche man sich in den nächsten Jahren konzentrieren wolle. Mit der konkreten Umsetzung von zwei Teilrouten und dem Grundsatzbeschluss zum Radroutenkonzept 2025 möchte die Verwaltung nun in den umfangreichen Planungsprozess einsteigen und im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität den Radverkehrsanteil weiter erhöhen.

Anhand einer Präsentation (Anlage 1 bis 8 der Vorl.Nr. 244/14 erläutert **Prof. Kölz** (Planungsgruppe Kölz) die Vision vom Radfahren in Ludwigsburg 2025 und die Fortschreibung des Radzielnetzes. Hierzu geht er im Einzelnen auf die Voraussetzungen für den Radverkehr, die Herangehensweise und Orientierungsbeziehungen sowie Einbindungen über Nutzungsschwerpunkte, die Konflikte und Überlagerungen zum motorisierten Individualverkehr und die Entwicklung der Hauptradrouten anhand der gegebenen klaren Linien und Prinzipien Nord-Süd bzw. West-Ost ein. Das Routenkonzept solle einfach gestaltet sein und einen ganzheitlichen Ansatz bieten. Im Anschluss präzisiert er einzelne Routen und informiert über den Status quo des Ausbaus, die Anbindung an die Radrouten des Kreises und des Landes, die Gestaltung der Routenführung sowie den richtlinienkonformen Ausbau im Mindestumfang. Ebenso informiert er über die Ausrichtung nach Übernahme von Anregungen aus dem Workshop und Ableitung vorhandener Ausbauprioritäten hin zur Stärkung der Schulwege und Schulstandorte, wozu er skizzenhafte Vorentwürfe für die Ausschnitte erklärt.

In Bezug auf die vorhandenen Nutzungskonflikte schlägt BM **Iik** dem Ausschuss einen breiten Abstimmungsprozess in Form eines Runden Tisches zwischen allen Beteiligten vor, um diese zu diskutieren und zu eruieren, ob die Möglichkeit zur Einrichtung von Radwegen im Bereich Marbacher Straße und Bildungszentrums West bestehe.

Die Fraktion von Stadtrat **Noz** möchte den geschilderten Prozess positiv begleiten und könne der Vorl.Nr. 244/14 mit geringfügigen Anpassungen zustimmen. Eine Untersuchung der Auswirkungen auf den motorisierten Verkehr, die Auswirkungen auf das Parken in der Martin-Luther-Straße sowie der unter Umständen entstehende Ausweichverkehr durch Wegnahme einer Fahrspur auf der Marbacher Straße, wären seines Erachtens nach weitere zu berücksichtigende Punkte. Besonders in der Martin-Luther-Straße müsse durch die Stadt nach Lösungen für wegfallende Parkplätze gesucht und für den Schillerdurchlass ein Lösungsansatz aufgezeigt werden. Zusammengefasst wünsche sich die CDU-Fraktion eine Ergänzung der Beschlussziffer 3 hinsichtlich des Aufzeigens von Auswirkungen und der Suche nach Lösungen für die dargestellten Problemstellungen.

Stadtrat **Gericke** stellt großen Nachholbedarf in der Umsetzung des vorhandenen Radwegekonzepts fest, der ein Umdenken in Richtung einer gleichberechtigten Behandlung der Verkehrsträger einfordere. Er bezieht sich auf die Gemeinderats-Klausur in Münster und nennt einige Umsetzungsbeispiele, wie die gemeinsame Nutzung einer Fahrspur durch ÖPNV und Radverkehr. Darüber hinaus ist seiner Fraktion wichtig, die Umsetzungsetappen der nächsten Jahre geschildert zu bekommen, um erkennen zu können, welche Schritte für eine Umsetzung des Radroutenkonzepts bis ins Jahr 2025 erforderlich seien und welchen Finanzmittelbedarf diese nach sich zögen. Die Prioritätensetzung entlang der Schulradwege sei sicher sinnvoll, die dazugehörige Auswertung der Schulwegeplanung fehle seiner Fraktion allerdings noch. Abschließend kommentiert Stadtrat Gericke die Wegführung einzelner Routen und tätigt Einzelanmerkungen dazu.

Bis auf einige Anmerkungen könne Stadträtin **Liepins** der Beschlussvorlage im Namen ihrer Fraktion grundsätzlich zustimmen. So könne am Ende der Marbacher Straße der Radweg beispielsweise nicht vor der Neckarbrücke enden und an der Kurfürstenstraße müsse die problematische Situation an der Unterführung ebenfalls mittels einer sinnvollen Wegführung gelöst werden. Um dies zu unterstützen, sei für sie die Errichtung von Radwegen zu Lasten des ruhenden oder motorisierten Individualverkehrs vorstellbar, was zugleich nicht den ÖPNV belasten oder zu Schleichverkehren führen dürfe. Für diese Mischverkehre müsse jedoch eine breite Bürgerbeteiligung Grundlage des weiteren Vorgehens sein.

Für die Fraktion der Freien Wähler stimmt Stadtrat **Seybold** der Vorlage zu, wobei er sich dem Vorschlag von Stadtrat Noz zur Ergänzung eines weiteren Beschlussvorschlages anschließe. Zum geplanten Runden Tisch bitte er den Beteiligtenkreis neben den einschlägigen Vertretern der Vereine auch um Nutzer der verschiedenen Verkehrsträger zu erweitern.

Stadträtin **Burkhardt** tritt dafür ein, bei der Fortführung der Planungen Fehler der Vergangenheit, die auch in Ludwigsburg gemacht wurden, nicht zu wiederholen. Zum einen dürfe der Schwerpunkt der Planung nicht auf der eigenständigen Führung des Radverkehrs auf eigenen Radwegen liegen. Da dem KFZ-Verkehr nicht wehgetan werden solle, wurden diese Radwege den schwächsten Verkehrsteilnehmern, den Fußgängern, weggenommen. Beispiele dafür sind der gemeinsame Fuß-/Radweg auf der Ostseite der Schlossstraße, der Landesradweg am Neckar oder der Radweg an der August-Bebel-Straße in Eglosheim. Sie stimme Ziffer 1 des Beschlussvorschlags mit der Bitte zu, die von den Planungen betroffenen Grundstückseigentümer ebenfalls nach ihren Vorschlägen zu befragen. Konkret äußert Sie den Wunsch, den bei den Planungen zur Brücke über die Bahn in der Bismarckstraße betroffenen Grundstückseigentümer in die Bürgerbeteiligung einzubeziehen und ihm auf seine Fragen und Vorschläge auch Antworten zu geben. Demgegenüber könne Stadträtin Burkhardt den in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags beschriebenen Teilrouten nicht zustimmen, da beide ihrer Auffassung nach nicht zu den dringend notwendigen Lückenschlüssen bei den Schulradrouten gehörten. Priorität müsse stattdessen einer Verbindung zwischen Eglosheim und dem Innenstadtschulcampus und einem Radweg zwischen der Oststadtschule II und dem beruflichen Schulzentrum auf dem Römerhügel eingeräumt werden. Die Forschungsgesellschaft für Straßenverkehr fordere ein neues Leitbild für den Radverkehr: er soll mit dem KFZ-Verkehr gemeinsam auf der Straße geführt werden. Der zunehmende Anteil von Pedelecs, die in der Geschwindigkeit den schnellen Sporträdern

gleichzusetzen seien, wäre eine der Begründungen für diese Forderung. Die Änderung der StVO 2013 bietet die Möglichkeit, diese Forderungen bei Tempo 20 oder 30 und Kontrolle der Einhaltung des Tempolimits zu verwirklichen. Hier bestehe seit Jahrzehnten Handlungsbedarf. Das die Lösung schwierig sei, dürfe nicht dazu führen, dass diese nicht in die Umsetzung gelangten. Wenn man ein funktionierendes Radverkehrsnetz schaffen wolle, müsse an diese Probleme herangegangen werden. Abschließend äußert sie den Wunsch nach getrennter Abstimmung der Beschlussziffern.

Stadtrat **Remmele** sieht die Erschließung des Bildungszentrums West über die stark frequentierte Kurfürstenstraße und Martin-Luther-Straße als problematisch an. Alternativ äußert er den Vorschlag einer Anbindung über die Dannecker Straße mittels einer Brücke zur Bismarckstraße und hebt die Vorteile einer solchen Lösung hervor.

BM **Iik** begrüßt diesen Ansatzpunkt. Für den Anschluss des Bildungszentrums West an die Innenstadt suche man weiterhin nach Optimierungsmöglichkeiten und wolle für den Runden Tisch alle Beteiligten einbinden.

Herr **Kurt** betont, die Herangehensweise über die Untersuchung der Auswirkungen auf andere Verkehrsteilnehmer ohnehin gewählt zu haben und diese als Entscheidungsgrundlage bei der Ausführungsplanung in das Gremium zu geben. Ferner stellt er klar, dass die Realisierung der Teilrouten nicht gleichzeitig Stillstand für andere Vorhaben bedeute. Parallel würden bei Straßensanierungsmaßnahmen immer die Aspekte der Radwegeführung berücksichtigt und unabhängig von festgelegten Prioritäten weiterhin kleinere Maßnahmen umgesetzt.

Herr **Nestmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) geht auf die inhaltlichen Fragen und Vorschläge aus der Mitte des Gremiums, insbesondere auf den Radweg Marbacher Straße, die Verengung des Schillerdurchlasses und die Berücksichtigung neuer Ansätze sowie die Projektmittelverwendung ein.

Auf die Frage von Stadträtin **Steinwand** nach den Planungsmitteln im Haushalt des Jahres 2014 antwortet Herr **Kurt**, dass diese in diesem Jahr nicht vollständig verbraucht worden seien.

Herr **Leban** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, dass damit der Neckartalradweg in diesem Jahr noch angegangen werden könne, was nach der Sommerpause diskutiert werden müsse. Er weise darauf hin, dass momentan noch Fördermöglichkeit im Umweltweltverbund für Projekte ab 50.000 Euro in diesem Jahr bestehe.

Da um getrennte Abstimmung gebeten wurde, stellt BM **Iik** die Ziffern 1 und 2 der Vorl.Nr. 244/14 getrennt zur Abstimmung. Für den im Zuge der Beratung aufgekommenen Anpassungsbedarf des Gremiums hinsichtlich der Ergänzung einer Beschlussziffer 3, formuliert BM **Iik** einen Zusatz und stellt diesen ebenfalls zur Abstimmung.

TOP 2

Neugestaltung Reithausplatz, Kronen- und Kirchstraße  
(Südliches Umfeld Marstall Center)  
- Bau- und Vergabebeschluss  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 235/14

---

### **Beschlussempfehlung:**

#### **1. a) Baubeschluss**

Das südliche Umfeld Marstall Center wird nach den Plänen der Arbeitsgemeinschaft

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 17.07.2014

Dipl.-Ing. Volker Rosenstiel, Bötzinger Straße 29 A, 79111 Freiburg, und Rauschmaier Ingenieure, Sucystraße 9, 74321 Bietigheim-Bissingen, neu gestaltet und saniert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 2.490.000,-- € (brutto) werden genehmigt.

### **b) Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung**

Eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 660.000,-- € wird genehmigt.

## **2. Vergabe der Arbeiten**

Die Firma Wolff + Müller aus Waldenburg erhält den Auftrag zur Durchführung der Umgestaltungsarbeiten im südlichen Umfeld Marstall Center.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	1.806.400,35 €
+ Unvorhergesehenes ca. 6,3 %	<u>113.599,65 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>1.920.000,00 € (brutto)</u></b>

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Leban** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichtet anhand einer Präsentation und der Vorl.Nr. 235/14 über die Rahmenbedingungen und die geplante Ausführung der Baumaßnahme.

Stadträtin **Dr. Knoß** spricht sich für die Einrichtung von Spielmöglichkeiten für Kinder und Fahrradständer in diesem Bereich aus und bittet diese in die Planung einzubeziehen. Zu diesem Zweck bringt sie Ihren Antrag Vorl.Nr. 273/14 ein und begründet diesen.

BM **Ilk** merkt an, dass eine Aufnahme in die Planung nicht möglich wäre, da die Planungsphase bereits abgeschlossen sei und man mittlerweile bei der Ausschreibung von Leistungen angelangt sei.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) sagt zu, die Hinweise zur Ergänzung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und die seniorenrechtlichen Sitzmöglichkeiten aufzunehmen. Bezüglich der Anregung, Spielmöglichkeiten für kleine Kinder zu ergänzen, stehe die Verwaltung vor rechtlichen Grenzen. Hier hätten sich die Vorschriften derart geändert, dass diese auf dem

harten Boden der Innenstadt und ohne den Einbau von Fallschutz nahezu nicht errichtet werden könnten. Alternativ stünde für diesen Zweck jedoch das geplante Sprudlerfeld zur Verfügung, welches in der Asperger Straße von Kindern ebenfalls gut angenommen werde.

Ergänzend führt Stadträtin **Dr. Knoß** aus, dass an einfachere Spielmöglichkeiten gedacht war und untermauert ihre Aussage mit der Darstellung von Beispielen.

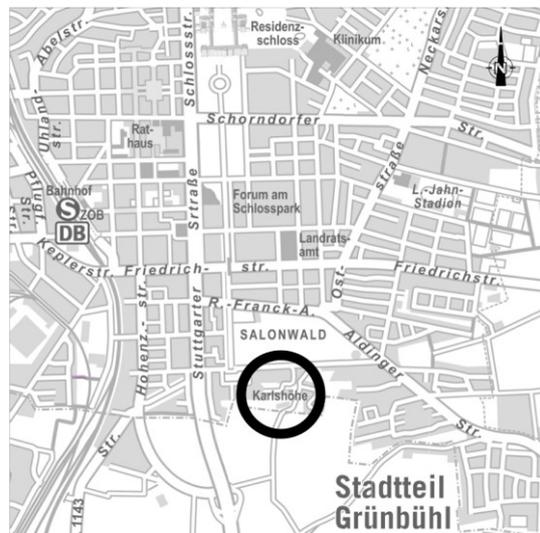
Stadträtin **Burkhardt** bietet eine Baumspende für den Reithausplatz durch den BUND an.

Abschließend stellt **BM Ilk** die Beschlussvorschläge der Vorl.Nr. 235/14 zur Abstimmung.

TOP 3	<b>Bebauungsplan "Karlshöhe" Nr. 057/06 - Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Vorberatung)</b>	<b>Vorl.Nr. 232/14</b>
-------	---	------------------------

### **Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Entwurf des Bebauungsplans „Karlshöhe“ Nr. 057/14 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung, jeweils mit Datum vom 04.07.2014, beschlossen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB einzuholen.



### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

## **Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) gibt einen Rückblick zur Arbeit der Runden Tische zur Verkehrserschließung und zum Busverkehr an der grünen Bettlade und zeigt anhand einer Präsentation die Ablaufplanung und das Bebauungsplanverfahren für die Karlshöhe auf. Sowohl Verkehrserschließung der Grünen Bettlade als auch das Bebauungsplanverfahren seien miteinander verflochten, müssten allerdings parallel vorangetrieben werden. Auf dem Gelände der Karlshöhe selbst wäre ein heterogenes Planungsrecht vorhanden, womit der Fachbereich Bürgerbüro Bauen für neue Vorhaben teilweise an den Grenzen der Genehmigungsfähigkeit ankomme. Nachfolgend gibt er einen Überblick zum angedachten Planungsrecht, das den Planungszielen zugrunde liegende Konzept für den Aufstellungsbeschluss und skizziert anhand eines Luftbildes die aktuelle Situation und den neuen Bebauungsplan.

Stadtrat **Noz** erkundigt sich, weshalb die Verwaltung keinen Bebauungsplan für das gesamte Gelände vorschläge. Im Zusammenhang mit der Grünen Bettlade und dem Linksabbiegen auf der Stuttgarter Straße möchte er nicht in den Zwang geraten, aufgrund von Abhängigkeiten einem nicht diskutierten Lösungskonzept zustimmen zu müssen. Er bittet um Klarstellung, dass der Bebauungsplan keine Auswirkungen auf die Verkehrserschließung habe und nicht zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führe.

Die Fraktion von Stadtrat **Juranek** erachtet den ruhenden Verkehr als besonders relevant. Die Planungen hätten demnach eine Verlagerung in das Gebiet hinein zur Folge. Den Entwurf selbst bezeichnet Stadtrat Juranek als sehr sympathisch, stark durchgrünt und als einen guten Ansatz, der Karlshöhe auch weiterhin ihre Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung zu lassen. Im Weiteren stellt er Rückfragen zur Geschossigkeit und bittet um eine Aussage zur gewünschten Dachausbildung der Gebäude. Die Weiterführung des Südrandweges nach Osten in den unteren Bereich der Wichernstraße befürworte er als wichtigen Teilaspekt zur Herstellung der Durchgängigkeit bis nach Grünbühl-Sonnenberg und zur ursprünglich geplanten besseren Verflechtung der Karlshöhe.

Stadträtin **Burkhardt** weist auf die gezeigte, dagegen nicht in der Vorlage enthaltene Flächenbilanz hin. Sie erkundigt sich, ob diese dem Gremium zu Verfügung gestellt werden könne. Darüber hinaus falle die Anzahl ebenerdiger Parkplätze ins Auge. Alternativ könne man 3-stöckige Parkhäuser angehen.

Klarstellend führt Herr **Kurt** aus, dass zwischen dem Bebauungsplan und der Verkehrserschließungsproblematik keinerlei Abhängigkeiten bestünden und damit keine Vorfestlegungen getroffen würden. Im östlichen und westlichen Bereich des Gebietes grenzten qualifizierte Bebauungspläne an, wodurch der Planungsanlass im Sinne eines Eingriffserfordernisses entfalle. Nichtsdestotrotz seien die Auswirkungen des Bebauungsplans auf das Gesamtgebiet und insbesondere die Parkierung von der Bundesstraße 27 bis zur Aldinger Straße überprüft worden. In Bezug auf die Frage von Stadtrat Juranek begründet Herr Kurt den bewussten Verzicht auf Festlegungen zur Dachform mit den Argumenten, dies dem Baugenehmigungsverfahren und in dem gewachsenen Gebiet Spielräume erhalten zu wollen. Der Lückenschluss beim Südrandweg in Richtung des Pauluswegs sei geplant und würde angegangen, sobald das Bauvorhaben des Wohnheims abgeschlossen sei, da dieser in der Bauzeit in Mitleidenschaft gezogen würde. Anstatt ebenerdiger Parkierung auf Parkhäuser zu setzen sei ebenfalls ein Ansinnen des Fachbereichs, welches sich bei den Erweiterungsabsichten der Evangelischen Hochschule in der Diskussion befinde. Dort werde daran gedacht, diesen Aspekt mitzudenken und die Komprimierung im Sinne von Parkpaletten zu forcieren. Abschließend sagt er zu, den Mitgliedern die Flächenbilanz zur Verfügung zu stellen.

Wie Herr **Kurt** ergänzend auf Nachfrage von Stadtrat **Link** ausführt, werde der Südrandweg

aufgrund der mangelnden Verhandlungsbereitschaft Kornwestheimer Landwirte als Inhaber der Flächen, ausschließlich auf Ludwigsburger Gemarkung gebaut. Zur Frage von Stadtrat **Juranek** erklärt er im Hinblick auf das Ausklammern des nordöstlichen Parkplatzes aus dem Bebauungsplan, dass die Planer von einem Parkierungsbauwerk Abstand genommen hätten. Aufgrund organisatorischer Gegebenheiten könne dort nicht die benötigte Wendemöglichkeit für einen Tanklastzug erhalten werden. Effektivere Möglichkeiten der Stellplatzunterbringung stünden allerdings weiterhin in der Diskussion.

Nach Abschluss der Beratungen stellt BM **Ilk** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 232/14 zur Abstimmung.

TOP 4

**Weiterer Ausbau Dynamischer  
Fahrgastinformationsanlagen an Bushaltestellen**

Vorl.Nr. 249/14

---

### **Beschluss:**

1. Am Zentralen Omnibusbahnhof werden die 18 vorhandenen Bussteige mit vierzeiligen LED-Abfahrtsmonitoren ausgerüstet. Hierfür werden 350.000 Euro zur Verfügung gestellt.
2. An den innerstädtischen Haltestellen Arsenalplatz, Rathaus, Blühendes Barock sowie an der Haltestelle Bahnhof/Arena werden insgesamt acht TFT-Monitore aufgestellt. Hierfür werden 204.000 Euro zur Verfügung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Albrecht** (Dezernat III) schildert unter Verweis auf die Vorl.Nr. 249/14 den weiteren Ausbau der dynamischen Fahrgastinformationsanlagen an verschiedenen Haltestellen. Insbesondere thematisiert er die technischen Voraussetzungen und die Umsetzung.

Als wichtigen Schritt in Richtung Neukonzeption des zentralen Omnibusbahnhofs begrüßt Stadtrat **Braumann** den Ausbau und stimmt ihm im Namen seiner Fraktion zu.

Stadtrat **Gericke** erkundigt sich nach Fragen der Anschlusssicherung, der Abstimmung der Modellauswahl mit dem Stadtseniorenrat und nach einer akustischen Funktion für blinde Menschen. Ferner möchte er wissen, ob es sich um ein erweiterbares Modulsystem handle.

Stadträtin **Liepins** kann der Vorlage gern zustimmen. Dies gehöre einfach zum modernen ÖPNV, wobei die Lesbarkeit für sie einen wichtigen Aspekt darstelle.

Werbung unter der Anzeigefunktion zu etablieren, könne für Stadtrat **Rothacker** eine Möglichkeit zur Querfinanzierung der Anschaffungen darstellen. Alternativ erachte er es als sinnvoll, Informationen über Veranstaltungen in Ludwigsburg einzublenden.

Im Nachgang beantwortet Herr **Albrecht** die Rückfragen der Ausschussmitglieder. Eine direkte Abstimmung mit dem Stadtseniorenrat sei nicht erfolgt, weil das gewählte Büro in diesem Bereich eine ausgezeichnete Beratung geleistet habe. Der Druckknopf für die Vorlesefunktion werde darüber hinaus in der Ausschreibung berücksichtigt und eine künftige Nachrüstung weiterer Haltestellen durch das System ermöglicht.

Stadtrat **Lutz** spricht in diesem Zusammenhang das fehlende Wartehäuschen in der Walter-Flex-Straße an und bittet die Verwaltung sich der Problematik anzunehmen, da sich bereits Anwohner bei ihm beschwert hätten.

BM Ilk versichert, sich der Angelegenheit anzunehmen. Nachfolgend stellt er den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 249/14 zur Abstimmung.

TOP 5

Sanierung Carl-Diem-Straße  
- Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 237/14

---

**Beschluss:**

**Baubeschluss**

Die Carl-Diem-Straße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung umgestaltet.

**Die Gesamtkosten in Höhe von 298.000,-- € werden genehmigt.**

**Vergabebeschluss**

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH, Marbacher Straße 193 - 197, 71642 Ludwigsburg, erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 23.06.2014 den Auftrag zur Durchführung der Arbeiten für die Sanierung/Umgestaltung der Carl-Diem-Straße.

**Die Vergabesumme beträgt 296.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.**

Auftragssumme	282.551,81 €
+ Unvorhergesehenes ca. 4,75 %	<u>13.448,19 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>296.000,00 €</u></b>

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Leban** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichtet unter Verweis auf die Vorl.Nr. 237/14 über die Details der Baumaßnahme.

Nach kurzer Aussprache stellt BM Iik die Vorl.Nr. 237/14 zur Abstimmung.

TOP 6

Sanierung Alt-Württemberg-Allee  
- Vergabe von Ingenieurleistungen

Vorl.Nr. 209/14

---

### **Beschluss:**

Die Arbeitsgemeinschaft Planungsgruppe Stahlecker, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner, Stuttgart und die Planungsgesellschaft ISTW, Ludwigsburg, wird mit den Planungsleistungen zur Sanierung der Alt-Württemberg-Allee im Abschnitt Hindenburgstraße bis Friedrich-Ebert-Straße beauftragt. Die Verwaltung schließt einen Ingenieurvertrag ab, der eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen bis zu Phase 9 einschließlich der örtlichen Bauleitung vorsieht.

**Die Vergabesumme dafür beträgt bis zu 145.000,-- € brutto.** Grundlage ist das Angebot der ARGE Stahlecker / ISTW vom 15.05.2014.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

In seinem kurzen Sachvortrag erklärt Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung), weshalb aufgrund der Ausprägung der Straße als innerstädtische Allee und des Baumbestandes, eine Arbeitsgemeinschaft aus einem Landschaftsarchitekten und einem Tiefbauingenieurbüro vorgeschlagen werde.

Ergänzend tätig Herr **Leban** (FB Tiefbau und Grünflächen) Ausführungen zum Planungshonorar und zur Finanzierung der Baumaßnahme.

Für die Fraktion von Stadtrat **Gericke** steht eine besondere Rücksichtnahme auf den vorhandenen Baumbestand und ausreichend Flächen für die Bäume im Vordergrund.

Stadträtin **Burkhardt** hätte sich angesichts der Tatsache, dass es sich um eine der alten und wohl erhaltenen Alleen Ludwigsburg handle, eine Abfrage unter mehreren Büros gewünscht. Nach ihrer Auffassung müssten Umweltverbände und Denkmalschutz so rasch wie möglich informiert und um ihre Stellungnahme gebeten werden. Dieses möchte sie hiermit im Sachzusammenhang

beantragen.

BM IIk weist auf die Vorlage und die darin aufgeführte Angebotsabfrage mehrerer Büros und die Möglichkeit der Berücksichtigung dieser Anmerkungen im nächsten Schritt hin. Zunächst einmal müsse die Planung der Sanierung unter den besprochenen Prämissen erstellt werden. Nachfolgend stellt er die Vorl.Nr. 209/14 zur Abstimmung.

TOP 7                      Gymnastikhalle Hermann-Hesse-Straße 28 - 30,                      Vorl.Nr. 227/14  
                                 Neckarweihingen  
                                 - Vergabe der Metallbauarbeiten-Fensterbau

---

**Beschluss:**

Der Vergabe der Metallbauarbeiten an die Firma Strobel, Schützenstraße 11, 71634 Ludwigsburg wird zugestimmt.

<b>Gewerk</b>	<b>Firma</b>	<b>Verfügte Summe</b> (Auftragssumme inkl. 19 % MwSt. + 10 % für Unvorhergesehenes)
Metallbauarbeiten-Fensterbau	Fa. Strobel Schützenstr,11 71634 Ludwigsburg	135.000,- EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Nicht anwesend:      Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

**Abstimmungsergebnis:**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

BM IIk stellt die Vorl.Nr. 227/14 zur Abstimmung.

TOP 8                      Erdmannhäuserstraße 1 - Lembergschule                      Vorl.Nr. 228/14  
                                 - Anmietung von Containern für die  
                                 Lembergschule

---

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt die Anmietung von zwei mobilen Behelfsräumen für die Lembergschule ab Oktober 2014 zu einem monatlichen Mietpreis in Höhe von 1.752,87 € inkl. MwSt. bei der Firma Algeco GmbH.

2. Als Vertragslaufzeit werden 24 Monate vereinbart zzgl. einer Option für weitere 12 Monate. Die Mietkosten für 24 Monate betragen 42.068,88 €, die Mietkosten für 36 Monate betragen 63.103,32 € inkl. MwSt. Die einmaligen Kosten für den Transport sowie den Auf- und Abbau betragen 17.840,40 € inklusive MwSt., hinzu kommen ca. 10 % für Unvorhergesehenes, somit betragen die einmaligen Kosten rund 20.000 € inkl. MwSt. Die maximalen Gesamtkosten betragen 83.103 € inkl. MwSt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (entschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

BM IIk stellt die Vorl.Nr. 228/14 zur Abstimmung.